

Schriftenreihe

**Demokratie und
Demokratisierungsprozesse**

Band 3

ISSN 1613-7930

Verlag Dr. Kovač

Gregor Luks (Hrsg.)

**Demokratie:
Entstehung, Krisen und Gefahren**

Vier Vorträge

Verlag Dr. Kovač

**Hamburg
2008**



VERLAG DR. KOVAČ

FACHVERLAG FÜR WISSENSCHAFTLICHE LITERATUR

Leverkusenstr. 13 · 22761 Hamburg · Tel. 040 - 39 88 80-0 · Fax 040 - 39 88 80-55

E-Mail info@verlagdrkovac.de · Internet www.verlagdrkovac.de

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISSN: 1613-7930

ISBN: 978-3-8300-3433-9

Satz: ZIMOS, Kath. Universität Eichstätt-Ingolstadt

© VERLAG DR. KOVAČ in Hamburg 2008

Printed in Germany

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, fotomechanische Wiedergabe, Aufnahme in Online-Dienste
und Internet sowie Vervielfältigung auf Datenträgern wie CD-ROM etc. nur nach schriftlicher
Zustimmung des Verlages.

Gedruckt auf holz-, chlor- und säurefreiem Papier Alster Digital. Alster Digital ist
alterungsbeständig und erfüllt die Normen für Archivbeständigkeit ANSI 3948 und ISO 9706.

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung	
Die Demokratie als Staatsform der Moderne? (<i>Gregor Luks</i>)	5
<i>Gregor Weber</i>	
Die athenische Demokratie – Entstehung, Institutionen, Probleme	9
<i>Leonid Luks</i>	
Demokratie und die totalitären Herausforderungen des 20. Jahrhunderts	33
<i>Zaur Gasimov</i>	
Demokratisierungstendenzen und Zivilgesellschaft im post-sowjetischen Raum: Erfolge und Misserfolge.....	51
<i>Vladimir Kantor</i>	
Demokratie als historisches Problem Russlands. Die Notwendigkeit einer Typologie.....	66
Über die Autoren	99

ZAUR GASIMOV

DEMOKRATISIERUNGSTENDENZEN UND ZIVILGESELLSCHAFT
IM POST-SOWJETISCHEN RAUM:
ERFOLGE UND MISSEERFOLGE

Im September 2006 veröffentlichte die US-amerikanische Stiftung *Freedom House* den Jahresbericht „Freedom in the World 2006“, in dem alle Staaten der Welt nach Kriterien wie der Gewährung politischer und bürgerlicher Rechte sowie gemäß dem so genannten *Freedom rating* in drei Gruppen („unfrei“, „partiell frei“ und „frei“) erfasst wurden. Von den Ex-Sowjetrepubliken wurden nur die drei baltischen Staaten und die Ukraine als freie Länder bzw. Demokratien eingestuft. Im Kontext der GUS¹-Länder schnitten die Ukraine und Georgien am besten ab, obwohl letzteres auch nur als „partiell frei“ bezeichnet wurde. Die als „unfrei“ eingestuften Länder Usbekistan und Turkmenistan wiesen die schlechtesten Resultate auf und waren darin vergleichbar mit Nordkorea und Sudan.² Warum ist die Differenz zwischen den Erfolgen bzw. Misserfolgen in der Demokratisierung bei den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion so enorm? Woraus lassen sich die Gründe für unterschiedliche Demokratisierungsergebnisse ableiten?

Als die Sowjetunion sich 1991 auflöste und auf den Ruinen des ehemals aus fünfzehn Republiken bestehenden Vielvölkerstaates ebenso viele neue Staaten entstanden, zeigte sich, dass diese Länder in der neuen Weltordnung unterschiedlichen Kulturkreisen angehörten und verschiedene geschichtliche Erfahrungen aufwiesen. Die Erfolgs- bzw. Misserfolgsbilanzen demokratischer Entwicklung der Ex-Sowjetrepubliken sind auf bestimmte historische Faktoren zurückzuführen und können größtenteils im Kontext der Entwicklungen im Zarenreich, in der Sowjetunion und in den Jahren nach der Wende 1991 erklärt werden. Um die Haupttrends der demokratischen Entwicklung in den heutigen

¹ Gemeinschaft Unabhängiger Staaten.

² <http://www.freedomhouse.org/uploads/WoW/2006/Tablcofindependentcountries2006.pdf> (15.09.2006).

GUS-Staaten nachzuvollziehen, ist ein kurzer Exkurs in die Geschichte des letzten Jahrhunderts nötig.

Bei der Analyse der Demokratisierungsergebnisse bedient man sich verschiedener Transformationstheorien, die unterschiedliche Kriterien in den Vordergrund stellen.³ Dennoch stehen bestimmte Voraussetzungen im Mittelpunkt der Systemwandel- bzw. Systemwechseltheorien, die als Lackmustest für Errungenschaften der neuen Demokratien gelten. Bei einem erfolgreichen Übergang zur Demokratie oder der Verfestigung eines autoritären Regimes betrachtet man das Phänomen der Zivilgesellschaft mit besonderer Aufmerksamkeit. Die Analyse der zivilgesellschaftlichen Entwicklung ermöglicht die Darstellung der Effizienz der politischen Institutionen, die nach 1991 im post-sowjetischen Raum entstanden. Bei der Benennung der bedeutendsten Faktoren, die zur erfolgreichen bzw. misslungenen Demokratisierung infolge der 'Farbigen' Revolutionen in Georgien und der Ukraine beitrugen, tritt die Zivilgesellschaft als ein unabdingbarer Akteur der Transformationsprozesse im post-sowjetischen Raum auf. Die Beschäftigung mit der Problematik der *civil society* ist wichtig bei der Untersuchung der künftigen Aussichten für die Demokratisierung der restlichen Ex-Sowjetunion.

Dieser Artikel zieht eine Erfolgs- bzw. Misserfolgsbilanz der Demokratisierung in der ehemaligen Sowjetunion. Als Untersuchungszeitraum wird die Zeitspanne vom Zusammenbruch der UdSSR 1991 bis heute in den Fokus gestellt. Dabei wird versucht, die Demokratieentwicklung in diesem äußerst heterogenen Raum anhand eines Kriteriums – der Stärke der Zivilgesellschaft – zu analysieren. Der Artikel untersucht den Zusammenhang zwischen den Resultaten der Demokratisierung nach 1991 und der zivilgesellschaftlichen Entwicklung in den ehemaligen Sowjetrepubliken, die sich zu einem unterschiedlichen Grad vom kolonialen bzw. autoritären Erbe befreien konnten. Zu Beginn wird auf die wichtigsten Entwicklungslinien der jeweiligen Gesellschaften im Zeitraum seit der Kolonialisierung durch das russische Zarenreich bis zum Zerfall der Sowjetunion eingegangen. Nach der kurzen Darstellung der im zaristischen Vielvölkerstaat herrschenden Gesellschaftsmodelle werden die einzelnen Regionen hinsichtlich ihrer sozial-politischen Entfaltung dargestellt. Dabei werden Unterschiede in der sozialen Entwicklung aufgezeigt, die für das Verstehen der ak-

³ Merkel, Wolfgang: *Systemtransformation*. Opladen 1999.

tuellen Differenz in der Demokratisierung eines Großraums vom estnischen Tallinn bis zum usbekischen Taschkent wichtig sind. Die Zivilgesellschaft steht auch hier im Vordergrund der Untersuchung. Im letzten Abschnitt wird der Versuch unternommen, Perspektiven für die Demokratisierung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, der zwölf Republiken der ehemaligen Sowjetunion vereinigenden Organisation, zu beschreiben und reelle Chancen für ein Beleben bzw. Überleben der Zivilgesellschaft aufzuzeigen.

1. Gesellschaftliche Entwicklungslinien vom Zarenreich bis zum Zerfall der Sowjetunion

Die Bevölkerung in allen fünfzehn Republiken der ehemaligen Sowjetunion erlebte bereits zu Zarenzeiten unterschiedliche gesellschaftliche Entwicklungen und Kultureinflüsse. Während vor allem die Russen, aber auch die nicht-russischen Nationen im europäischen Teil des riesigen Reiches, die nationale Emanzipation als periphere Wirkung gesamteuropäischer Prozesse Ende des XIX. Jahrhunderts durchmachten, waren die nomadisierenden Völker Zentralasiens Teil der muslimischen Gemeinschaft (Umma). Die wenigen Intellektuellen aus dieser Region blieben damals auch dem regen Diskurs innerhalb der europäischen bzw. russischen Sozialdemokratie fern, der in verschiedenen Intelligenzija-Klubs in St.-Petersburg, Wilna und Tiflis geführt wurde.

In den ersten zwei Jahrzehnten des XX. Jahrhunderts erlebte das russische Zarenreich Revolutionen und ähnlich wie die Habsburger Monarchie und das Osmanische Reich brach es zusammen. Die Eliten der ehemaligen russischen „Kolonien“ im westlichen Teil nutzten die Chance und proklamierten die Unabhängigkeit. In kurzer Zeit wurden diplomatische Beziehungen zu anderen Staaten aufgenommen und Nationalarmeen aufgestellt. Die Jahreswende 1917/1918 wurde zur (Wieder-)Geburtsstunde der Staatlichkeit in Polen, im Baltikum, aber auch in der Ukraine, in Georgien, Armenien und Aserbaidschan. Nach der Bolschewisierung erlebte Russland tiefgreifende Wandlungen, konnte aber die staatliche Kontinuität und Souveränität bewahren. Die russischen Eliten, die das liberale westliche Gedankengut teilten, wurden von den Bolschewiki ins europäische Exil gedrängt. Nachdem Lenin die Macht in Russland konsolidiert hatte, fing das erneute „Sammeln der russischen Erde“ an, das nun von der Kommuni-

stischen Partei mittels der Roten Armee vollzogen wurde. Nacheinander fielen die unabhängigen Staaten der Ukraine und Aserbaidschan, gefolgt von Armenien und Georgien 1921. Die Eliten dieser Länder teilten das Schicksal der russischen Emigranten im Westen, viele andere wurden interniert. Die Sowjetisierung dieser Gebiete durch die Bolschewiki bedeutete die Zerstörung der traditionellen Gesellschaften sowohl in Russland selbst als auch im Kaukasus und Zentralasien. Die Ideologisierung einer äußerst heterogenen Gesellschaft nahm unter Stalin noch zu. In den späten 1930er Jahren erreichte die Willkür des totalitären Staates in der Sowjetunion ihren Höhepunkt. Die Repressalien erfassten alle Schichten der Bevölkerung und zerstörten die Überreste der traditionellen gesellschaftlichen Institutionen. Die fast dreißigjährige Herrschaft Stalins ermöglichte die partielle 'Verinnerlichung'⁴ des Autoritarismus durch die gesamte Bevölkerung der Sowjetunion. Eine gewisse Lockerung des Regimes unter Chruschtschow, die von den Stagnationsjahren unter Breschnew gefolgt wurde, konnte diesen Prozess nicht rückgängig machen.

Erst in den 1970er Jahren kam es zur Gründung von sowjetischen Dissidentengruppen, die sich hauptsächlich in Russland, Litauen und der Ukraine entfalteten.⁵ Die sowjetische Zivilgesellschaft unterschied sich dabei stark von der Zivilgesellschaft in Ungarn oder Polen, weil sie bereits seit drei Generationen unter einem extremen Ideologiedruck von oben gelitten hatte und traditioneller Gesellschaftsstützen beraubt worden war. Außerdem wurde die sowjetische Gesellschaft durch den stalinistischen Terror in hohem Maße deformiert. Dazu kommt, dass es in der Sowjetunion keine anderen Kräfte bzw. andere Akteure (wie in Polen - die Katholische Kirche) gab, die die offizielle Ideologie der Partei hätten herausfordern können.

Im März 1985 wurde Michail Gorbatschow zum Generalsekretär der KPdSU gewählt. Er verkündete eine Reformpolitik, die die sowjetische Wirtschaft ankurbeln, dem Rüstungswettlauf mit dem Westen ein Ende setzen und eine gewisse Liberalisierung des Regimes einleiten sollte. Wichtige Begriffe wie *Glasnost* und *Perestrojka* machten Schlagzeilen in den westlichen Medien und trugen zum offenen Diskurs über soziale und wirtschaftliche Missstände in der sowjetischen Gesellschaft bei. Das Regime ließ Kritik zu und setzte sich für eine

⁴ Friedrich, Carl / Brzeziński, Zbigniew: Die allgemeinen Merkmale der totalitären Diktatur, in Jesse, E. (Hrsg.): *Totalitarismus im XX. Jahrhundert*. Bonn 1996, S. 225-236, S. 234.

⁵ Alexejewa, Ludmila: *Nyeformaly. Civil society in the USSR*. New York 1990.

partielle Öffnung des Landes ein. Dieses Signal von oben wurde von vielen Intellektuellen schnell aufgegriffen, Reaktionen ließen nicht lange auf sich warten. Bereits 1987-88 entstanden zahlreiche gesellschaftliche Initiativgruppen im Baltikum, auch die russischen Menschenrechtler (Andrei Sacharow u. a.) intensivierte ihre Tätigkeit. Aber auch alte ethnische Animositäten und Ressentiments, wie z. B. im Kaukasus, kamen erneut zum Vorschein. In der immer schlechter werdenden Wirtschaftssituation und einer sich emanzipierenden Gesellschaft füllte der Nationalismus allmählich das ideologische Vakuum, das bisher vom längst demoralisierten Kommunismus dominiert worden war. Das Phänomen der Perestrojka ermöglichte bald den Systemwechsel in Osteuropa. Und auch die immer lauterer Rufe der Balten und Kaukasier nach Unabhängigkeit konnten auf Dauer nicht überhört werden. Das wichtigste Resultat der Perestrojka und des sowjetischen Dissidententums für die spätere Demokratisierung war die Entstehung einer kleinen Schicht von liberal gesinnten Eliten im Baltikum, in Russland, in der Ukraine und im Kaukasus. Die ehemaligen ‚Andersdenkenden‘ bekleideten die Ämter der ersten Staatschefs in vielen osteuropäischen Ländern und in manchen Nachfolgestaaten der Sowjetunion.

Vor dem Übergang zur Darstellung der einzelnen Ländergruppen ist es sinnvoll, die zwei unterschiedlichen Entwicklungslinien im post-sowjetischen Raum aufzuzeigen, die sich nach dem Zerfall der UdSSR bereits 1991/92 herauskristallisierten. Während sich die Liberalkommunisten in den slawischen Republiken und die Dissidenten in den südkaukasischen Staaten durchsetzen konnten, blieben die alten kommunistischen Kader in der Staatsführung der zentralasiatischen Republiken erhalten. Sie waren nicht imstande, sich mit der Gorbatschow-schen Politik der Liberalisierung abzufinden und solidarisierten sich mit dem konservativen Flügel der Moskauer Kommunisten, die im August 1991 durch den Putschversuch das Rad der Geschichte zurückdrehen wollten.

2. Postsowjetische Zivilgesellschaft und Elitenwandel nach 1991

Wie der bekannte israelische Politikwissenschaftler Schlomo Avineri 1994 schrieb, „besteht die Demokratie nicht nur aus Wahlen, und Marktwirtschaft ist nicht nur Privatisierung. Beide hängen, wie die westeuropäische Geschichte gezeigt hat, von der über Jahrhunderte dauernden Entwicklung einer Zivilgesell-

schaft ab.“⁶ In der Transformationslehre wird die Bedeutung der Zivilgesellschaft während des Übergangs vom autoritären Regime zur Demokratie hervorgehoben.⁷ In Osteuropa waren dies die Intellektuellen oder die Intelligenzija, die es wagten 'anders' zu denken und nonkonformistisch zu handeln. Eine starke Zivilgesellschaft fordert staatliche Institutionen heraus und kann zum Systemwandel und -wechsel entscheidend beitragen. Die Zivilgesellschaft sorgt auch für den Elitenwandel, der für eine weitere Demokratisierung unabdingbar ist.

Die Zivilgesellschaft wird als die mit Abstand wichtigste Voraussetzung für eine stabile und nachhaltige Demokratisierung verstanden. Ihre unterschiedliche Entwicklung, Stärke und Einfluss im postsowjetischen Raum hängen mit den oben aufgelisteten Aspekten eng zusammen. Deutlicher ist dies bei der länder-spezifischen Analyse der ehemaligen Sowjetunion zu sehen.

2.1 Baltikum

Der Eifer der breiten Nationalbewegung, die von der baltischen Intelligenzija bereits Ende des XIX. Jahrhunderts angeführt wurde, wurde durch das Erlangen der Eigenstaatlichkeit 1918 gekrönt. Die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen blieben, wenn auch autoritär geführt, bis zur erzwungenen Eingliederung in die UdSSR 1940 unabhängig. Auch danach leistete die dortige Bevölkerung Widerstand und konnte eine aufsehen erregende Dissidentenbewegung initiieren. Das Rekrutieren der neuen Eliten aus den Reihen der hauptsächlich in den USA lebenden baltischen Diaspora-Gemeinschaften, eine gut aufgebaute regionale Zusammenarbeit innerhalb der baltischen Region, eine starke Zivilgesellschaft und das breite Engagement der westeuropäischen und vor allem der skandinavischen Staaten in der Region trugen bereits Anfang der 90er Jahre zur Errichtung demokratischer Regime bei. Estland, Lettland und Litauen sind seit zwei Jahren EU- und noch länger NATO-Mitglieder. Heutzutage zählt Estland zu den korruptionsfreisten Staaten Osteuropas.⁸ Alle drei Republiken setzen sich aktiv für die Demokratisierung von Belarus und der Kaukasus-Region ein.

⁶ Avineri, Schlomo: Geschichte und Demokratie in Osteuropa, S. 11-21, in: Frei, Daniel / Linder, Willy / Ruloff, Dieter (Hg.): *Die Erblast der Sowjetunion*. Zürich 1995, S. 15.

⁷ von Beyme, Klaus: *Systemwechsel in Osteuropa*. Frankfurt 1994, S. 100-124ff.; Smith, Jeremy: *The Fall of the Soviet Communism 1985-91*, New York 2005.

⁸ Transparency International 2005 Corruption Perceptions Index, zitiert nach: <http://www.finfacts.com/corruption.htm> (18.10.2006).

2.2 *Ukraine, Moldau und Südkaukasus*

Die Ukrainer, Moldauer und Südkaukasier erlebten die nationale Emanzipation in der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts. Die Eigenstaatlichkeit konnten sie allerdings nur von wenigen Monaten (Ukraine) bis zu einigen Jahren (Südkaukasus 1918-1920/21) genießen, bis sie sowjetisiert wurden. Konnte sich die Dissidentenbewegung zu Sowjetzeiten nicht frei entwickeln und sich der kommunistischen Ideologie nicht widersetzen, so wurde dafür die Intelligenzija zur Hüterin der Nationalsprachen, der Literatur und nationaler Traditionen. Die von Gorbatschow 1985 verkündete Perestrojka-Politik ließ zahlreiche alternative Organisationen entstehen. Die Stimmen nach Unabhängigkeit wurden immer lauter vor allem in der Westukraine (Galizien), Georgien, Aserbaidshan und Armenien. In allen fünf Staaten kamen 1991 entweder liberale Nationalkommunisten (Ukraine, Moldau) oder ehemalige Dissidenten (Südkaukasus) an die Macht, nachdem die Republiken ihre staatliche Unabhängigkeit wieder errungen hatten.

Allerdings fehlte dieser Ländergruppe eine regionale Zusammenarbeit im Unterschied zum Baltikum und die ethnischen Konflikte (Abchasien, Berg-Karabach, Südossetien, Transnistrien), vor allem im Südkaukasus, verhinderten die demokratischen Entwicklungen. Die Schwäche der Zivilgesellschaften ermöglichte das Comeback der Alt-Kommunisten in der ersten Hälfte der 90er Jahre: Die Präsidenten der 'ersten Welle' wurden von ehemaligen Parteichefs abgelöst. Leonid Kutschmas Ukraine, Eduard Schewardnadses Georgien, Robert Kotscharians Armenien, Heydar Alijews Aserbaidshan wurden zu semi-autoritären Staaten, die zwar an der Integration in euro-atlantische Strukturen Interesse zeigten, aber zur weiteren Liberalisierung ihrer Länder nicht bereit waren.

Erst um die Jahrhundertwende konnten sich eine verstärkte Zivilgesellschaft und eine aktive Gegenelite bilden, die die westlichen Sympathien gewinnen konnte. Sie war imstande, die autoritären Regime in Georgien 2003 und in der Ukraine 2004 abzulösen. Moldau, ein Land, welches durch die historische und ethnische Affinität zum benachbarten Rumänien gekennzeichnet ist, hat alle Chancen zur Verhandlungsdemokratie unter Führung des liberalen Präsidenten Woronin zu werden.

Armenien und Aserbaidschan befinden sich seit etwa zwanzig Jahren im bewaffneten Konflikt um die zum großen Teil von Armeniern bewohnte aserbaid-schanische Provinz Berg-Karabach. Dieser akute Konfliktherd behindert die demokratische Entwicklung beider Länder, die im Moment als so genannte semi-autoritäre Regime 'mit Modernisierungsanspruch' bezeichnet werden können. Wie Ernst-Otto Czempel zu Recht feststellte, sind „Kriege und Kriegsgefahr, Aufrüstung und Säbelrasseln Gift für die Demokratisierung und eine Droge für die Diktatur“⁹. Erwähnenswert ist dabei die Tatsache, dass die Ölvorkommen Aserbaidschans die heutigen Eliten in Baku unabhängiger vom Druck der westlichen Demokratien bezüglich der Demokratisierung des Landes werden ließen, so dass die Aussichten auf eine künftige Demokratisierung entsprechend in die Ferne rücken.

Die Ukraine, Moldau, Armenien, Aserbaidschan und Georgien sind Mitglieder des Europarats, sie arbeiten mit der NATO intensiv zusammen und sind für ihre scharfe Kritik an der GUS bekannt, deren Effizienz in den letzten Jahren häufiger in Frage gestellt wurde.¹⁰ Georgien nach der Rosenrevolution 2003 und die Ukraine nach der Orangen Revolution 2004 erklärten die Mitgliedschaft in EU und NATO zu ihren wichtigsten außenpolitischen Zielen. Beide Staaten verfügen über die freieste Presse und liberalste Wirtschaft im GUS-Raum.

Seit Ende der 90er Jahre sind Georgien, die Ukraine, Aserbaidschan und Moldau unter dem Dach der Organisation GUAM vereint, die eine Art Forum für Politiker sowie Nichtregierungsorganisationen aus diesen Staaten darstellt. Die Demokratisierung Georgiens und der Ukraine gab dieser prowestlichen Organisation einen neuen Lebensimpuls, der weitgehend von den baltischen Staaten sowie Rumänien und Bulgarien unterstützt wird.

2.3 Belarus

Belarus, das von westlichen Publizisten und Wissenschaftlern oft als ‚die letzte Diktatur Europas‘¹¹ bezeichnet wird, stellt ein autoritäres Regime dar. Im Jahre

⁹ Czempel, Ernst-Otto: Strategien der Demokratisierung. Intervention und Freiheit im Zeitalter der Interdependenz, in: *Internationale Politik*, Mai 2005, S. 92-101.

¹⁰ Gamowa, Swetlana: Krasnoretshiwowe moltschanije presidentow, (Eloquentes Schweigen von Präsidenten) in: *Nezawisimaja gazeta*, 06.10.2006.

¹¹ Mulvey, Stephen: Profile: Europe's last dictator, in *bbc.co.uk* (10.09.2001), in: <http://news.bbc.co.uk/1/hi/world/europe/116265.stm> (19.10. 2006).

1994 konnte der bis heute das Land regierende Aleksandr Lukaschenko den liberalen Präsidenten Schuschkjewitsch ablösen. Keine bemerkenswerte Dissidenten- und Nationalbewegung zu Sowjetzeiten ist den Weißrussen zuzuschreiben. Der Nationalismus spielte auch traditionell eher eine unwichtige Rolle und konnte die Gesellschaft nie für den Kampf gegen den Kommunismus mobilisieren. Die Zeit der Zugehörigkeit zur UdSSR wurde von der Mehrheit der Weißrussen nie als Fremdherrschaft angesehen. Das Land ist das einzige GUS-Mitglied, das mit Russland durch einen ‚Unionsvertrag‘ eng verbunden ist. Trotz der bedeutenden Unterstützung vom Westen konnte sich die weißrussische Opposition gegen Lukaschenkos Politik nicht durchsetzen und die Protestdemonstrationen konnten sich nicht in eine Massenbewegung umwandeln.

Heutzutage verfügt Belarus über keine freie Presse. Der Grund für das Scheitern der Demokratisierung wird von westlichen Politologen unter anderem im schwachen Nationalbewusstsein der Bevölkerungsmehrheit gesehen. „Insbesondere erweist sich der Nationalismus für die Demokratisierung der jahrzehntelang unter der totalitären Herrschaft lebenden Völker als unentbehrlich, denn er allein transportiert die Idee des Gemeinwohls und fördert so die politische Partizipation,“¹² stellt der Osteuropa-Experte Jerzy Macków fest.

Von der für Sowjetzeiten üblichen antiwestlichen Propaganda wird in Belarus weiterhin Gebrauch gemacht. Trotz des Engagements der westlichen Staaten (vor allem Litauens und Polens), scheint sich das autoritäre Regime Aleksandr Lukaschenkos in den letzten Jahren konsolidiert zu haben. Der Osteuropaspezialist Heinz Timmermann zählt zu den Faktoren, die für die Stabilisierung des Lukaschenko-Regimes sorgen, den „umfangreichen loyalen Sicherheitsapparat, die Dominanz über die Kommandohöhen der Wirtschaft sowie das nahezu uneingeschränkte Monopol für Auftritte in den Medien“.¹³ Diese Merkmale sind auch bei der Analyse weiterer GUS-Mitglieder festzustellen, obwohl ihre Ausprägung vom Land zu Land unterschiedlich ist.

¹² Macków, Jerzy: Voraussetzungen der Demokratie in der postkommunistischen Systemtransformation: Tschechien, Belarus und die Ukraine, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, zParl 02/2005, S.411-424, S.423.

¹³ Timmermann, Heinz: Belarus, in: Petri, Mario / Schnier, Ulrich / Bellers, Jürgen (Hg.): *Handbuch der transitorischen Systeme, Diktaturen und autoritären Regime der Gegenwart*. Berlin 2006, S. 141.

2.4 Die Russische Föderation

Bei Russland handelt es sich um eine traditionelle Groß- und Imperialmacht, die Jahrhunderte lang (mit kurzen Unterbrechungen) das Baltikum, die Ukraine, den Kaukasus und Zentralasien beherrschte. Jedoch verfügt Russland kaum über eine langjährige demokratische Tradition. Dessenungeachtet war das Land, vor allem in der zweiten Hälfte des XIX. und zu Beginn des XX. Jahrhunderts angesichts der industriellen Überlegenheit des Westens an politischer und sozialer Modernisierung zu einem gewissen Grad interessiert.

Die sowjetische Geschichte war eine Mischung aus stalinistischem Totalitarismus und autoritärem Regierungsstil der späteren Generalsekretäre. Wichtige Entwicklungen für die Liberalisierung des Landes stellten die Chruschtschowsche Abrechnung mit dem Stalinkult 1956 und die Perestrojka-Politik von Michail Gorbatschow dar. Letztere wurde angesichts der wirtschaftlichen, sozialen und technischen Defizite und der Ineffizienz der UdSSR 1985 verkündet. Mehr Freiheit und Demokratie sollten dem Sowjetstaat laut Gorbatschow aus der ökonomischen Misere helfen. Die Auflösung der Sowjetunion plante Gorbatschow natürlich nicht. Trotz seiner Gewaltanwendung gegen die 'antisowjetischen' Demonstrationen in Tiflis 1989, 1990 in Baku, 1991 in Vilnius und Riga und kurzweiliger Wirtschaftsreformen, wie z.B. der Anti-Alkohol-Gesetze, war die Perestrojka entscheidend für die Demokratisierung Osteuropas¹⁴, die Wiedervereinigung Deutschlands und den späteren Zusammenbruch der Sowjetunion.

In Russland wurde der reformorientierte Boris Jelzin zum ersten Präsidenten des Landes gewählt. Die Öffnung des Landes, die Demokratisierung und der Parteienpluralismus entfalteten sich Anfang der 90er Jahre immer stärker. Bereits Mitte der 1990er kam es allerdings zu einer allmählichen Verlangsamung der demokratischen Entwicklung. Der Krieg in Tschetschenien, ein desillusionierter und verzweifelter Zustand der postsowjetischen Gesellschaft und das Scheitern der Wirtschaftsreformen der russischen Demokraten hatten zur Folge, dass Nostalgie-Gefühle über 'sowjetische Zeiten' und die Forderung nach einer 'starken Hand' in Russland immer lauter wurden. Aufgrund der ungelösten sozialen und wirtschaftlichen Probleme des Landes fühlten sich Vertreter vieler

¹⁴ Luks, Leonid: *Geschichte Russlands und der Sowjetunion. Von Lenin bis Jelzin*. Regensburg 2000, S. 500.

Schichten der russischen Gesellschaft vom Westen isoliert und sahen sich als Opfer 'des demokratischen Experiments'.

Im Jahre 2000 wurde der ehemalige KGB-Mitarbeiter Wladimir Putin zum neuen Präsidenten Russlands gewählt. Das Vorgehen Moskaus gegen die Rebellen in Tschetschenien, das heftig vom Europarat¹⁵ kritisiert wurde, die faktische Kampfansage an russische Großunternehmer (Beresowski, Gusinski, Chodorowski) und die allmähliche Übernahme der landesweiten Kontrolle über die Medien stellen drei wichtige Aspekte der Innenpolitik Putins dar. Die sich erneut als Rivale des Westens verstehende russische Staatsführung schürt dabei die antiwestliche und vor allem antiamerikanische Stimmung im Lande.¹⁶ Besonders schwer fällt es den russischen Demokraten und der dortigen Zivilgesellschaft, sich unter solchen Umständen durchzusetzen. Nach dem Russlandexperten Heinrich Vogel „überlebt das Gewissen der russischen Gesellschaft am Rande des Dissidententums in Organisationen wie ‚Memorial‘ oder ‚Soldatenmütter‘, die von staatlicher Seite eher schikaniert als unterstützt werden.“¹⁷ Der Mord an der prominentesten Kreml-Kritikerin, der Journalistin Anna Politkovskaja in Moskau am 7. Oktober 2006 weist auf den bedauerlichen Zustand der freien Medien in Russland hin. Der Gas-Streit mit der Ukraine Anfang 2006 und die aktuelle Zuspitzung der georgisch-russischen Beziehungen zeugen von einer gescheiterten Kooperationspolitik Russlands im europäischen Teil des ‚nahen Auslandes‘. All dies vertieft die Identitätskrise der post-kommunistischen Gesellschaft in Russland und erschwert die Demokratisierung des Landes. Gemäß den aktuellen Umfragen nimmt dort die Zahl derjenigen zu, die Stalin nicht für einen totalitären Diktator halten. Immer mehr, vor allem junge Russen, haben Verständnisse für seine Politik.¹⁸

¹⁵ Parsons, Robert: Russia: Council of Europe Condemns Human Rights Violation in Chechnya, in: http://www.rferl.org/featuresarticle/2006/01/DB66_60D3-511A-407B-A489-F3C8E833A6C6.html (11.10.2006).

¹⁶ Schewzowa, Lilia: Bürokratischer Autoritarismus – Fallen und Herausforderungen S. 6-13, in: *Aus Parlament und Zeitgeschichte* 11/2006, S. 13.

¹⁷ Vogel, Heinrich: *Russland ohne Demokratie. Konsequenzen für das Land und die europäische Politik*, SWP-Studie. Berlin 2004, S.16.

¹⁸ Mendelson, Sarah/ Gerber, Theodore: Failing the Stalin Test. Russians and their dictator, (S. 2-8), in: *Foreign Affairs Volume* 5 No. 1, S. 2.

Die Verfestigung der autoritären Strukturen und die unzureichende Entwicklung der zivilgesellschaftlichen Initiativen in Russland könnten fatale Folgen für die Zukunft des Landes haben.

2.5 Zentralasien

Die zentralasiatische Region besteht hauptsächlich aus autoritären Staaten. Turkmenistan und Usbekistan zeigen deutlich totalitäre Züge. Der usbekische Präsident Islam Karimow ließ 2005 etwa 1000 Demonstranten in der Stadt Andischan durch die Polizei erschießen.¹⁹ Das turkmenische Staatsoberhaupt Saparmurat Niyasow entwickelte im gasreichen Turkmenistan „eine Mischung aus stalinistischer Diktatur und orientalischer Despotie“.²⁰ Die Führungen der beiden Republiken dulden keine Opposition im Lande.

In Kasachstan und Kirgisien lebt eine beträchtliche Zahl von ethnischen Russen, was diese Staaten einerseits an Russland bindet, andererseits den Transfer von Know-how und eine gewisse Liberalisierung ermöglicht. Diese Staaten verfügen über die freiesten Gesellschaften im zentralasiatischen Raum. Tadschikistan litt gleich nach der Wende unter einem andauernden Bürgerkrieg und gehört heute zu den ärmsten Ländern der Welt.

Mit Ausnahme Kirgisiens, wo die Volksunruhen 2005 das Regime des Präsidenten Akajew ablösten, werden alle zentralasiatischen Republiken von ehemaligen Parteichefs regiert, die seit fast 20 Jahren amtieren. Das bedeutet, dass in diesen Ländern bis heute kein bedeutender Elitenaustausch stattfand. Die Tatsache, dass der politische Islam vor allem in Usbekistan, aber auch in Tadschikistan und selbst in Kirgisien (Gebiet von Osch) permanent an Bedeutung gewinnt, macht es den wenigen Demokraten vor Ort nicht einfacher, liberale Ideen zu verbreiten. Viele der westlichen Nichtregierungsorganisationen und Stiftungen waren gezwungen, ihre Aktivitäten in der Region in den letzten Jahren einzustellen. Darunter war auch das US-amerikanische „Open Society Institute – Soros Stiftung“, aber auch einige deutsche Menschenrechtsorganisationen.

¹⁹ Hoff, Henning: Schüsse aufs Herz, in Die Zeit, 04.06.2005, in: <http://www.zeit.de/2005/23/usbekistan?page=all> (11.10.2006).

²⁰ Kunze, Thomas: Russlands Hinterhof: Turkmenistan-Selbsterstörung durch Autokratie (S.75-98), *KAS-AI* 2/06, S. 82.

3. Entwicklungsmuster der Demokratisierung im GUS-Raum

Bei der Analyse der Erfolge bzw. Misserfolge der Transformation der postkommunistischen Staaten bedient man sich zahlreicher politikwissenschaftlicher Theorien, die anhand gewisser Kriterien politische und soziale Prozesse in den jeweiligen Ländern bewerten.

Wie bereits oben erwähnt, wurde in diesem Artikel versucht, das sozialpolitische Element – die Zivilgesellschaft – in den Vordergrund zu stellen und Erfolge sowie Misserfolge der Demokratisierung durch das Prisma der Stärke bzw. der Schwäche der *civil society* und ihrer historischen Entwicklung zu betrachten.

Die Rolle der Zivilgesellschaft in den Liberalisierungswellen in Osteuropa (die polnische *Solidarność*, die tschechische „Charta der 77“, sowjetische Dissidenten) war herausragend. Ihre Mitwirkung ist aber vor allem nach 1989 besonders hervorzuheben. Nach der ‚Revolution von oben‘ infolge der Moskauer Perestroika erhielten die osteuropäischen und ex-sowjetischen Zivilgesellschaften neue Räume für ihre Entfaltung. Gleichzeitig wurden sie aber auch mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber den autoritären Regimen war im osteuropäischen Raum entscheidend für die Liberalisierung der jeweiligen Länder, konnte aber beim Aufbau einer funktionierenden Marktwirtschaft und einer wehrhaften Demokratie nur beschränkt helfen. Hiermit schuf die Zivilgesellschaft den nötigen Rahmen für die erfolgreiche Transformation in Mittel- und Osteuropa. Heutzutage sorgen zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativgruppen für die weitere Entwicklung der Länder, sie ‚polieren‘ die Demokratien, klären die ‚dunklen Seiten‘ der politischen Geschichte²¹ auf und arbeiten an der Konsensfindung in den vom Kommunismus traumatisierten Gesellschaften in Slowenien, Ungarn, Polen etc. Andererseits tragen die demokratischen Regime in diesen Staaten zur weiteren Stärkung der Zivilgesellschaften bei. Diese Interaktion ist die Erfolgsformel der Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft.

Die Entwicklung der Zivilgesellschaft hängt vom Bildungsniveau der Bevölkerung, dem Aufbau der modernen Informationsgesellschaft, der Stellung der

²¹ Erwähnenswert sind die russische Nichtregierungsorganisation „Memorial“ und das polnische Institut des Volksgedächtnisses (Instytut Pamięci Narodowej).

nationalen Intelligenzija in der Gesellschaft, dem Vorhandensein alternativer Institutionen, den Staatlichkeitstraditionen, der bürgerlichen Kultur und weiteren Faktoren ab. Zur Durchsetzungsfähigkeit der Zivilgesellschaft tragen das Rekrutieren der neuen Eliten mit nicht-kommunistischem Hintergrund, eine kritische Aufwertung der eigenen Geschichte, die Kultur der pluralistischen Parteibildung, die friedliche Lösung der ethnischen Konflikte sowie das Vorhandensein eines innergesellschaftlichen Diskurses bei. Besonders wichtig ist dabei auch das marktwirtschaftlich orientierte Denken der neuen Eliten.

Wie im Artikel dargestellt wurde, war die Sowjetunion ein heterogener Raum. Nicht anders sahen auch ihre Ruinen aus. Gewaltige Unterschiede in der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung zwischen den Regionen des Baltikums, der Ukraine, des Südkaukasus, Zentralasiens und natürlich Russlands verursachten die auch heute vorhandene Kluft in der Demokratieentwicklung im post-sowjetischen Raum. All dies zeugt auch von der unterschiedlichen Entfaltung der zivilgesellschaftlichen Initiativen und von ihrem Einflussvermögen auf die innerpolitischen Prozesse in den jeweiligen Staaten.

Zweifellos trugen solche Ereignisse der letzten Jahre wie die ukrainische Orangene Revolution, die georgische Rosenrevolution und die Ablösung Askar Akajews durch den Volksaufstand in Kirgisien zur Demokratisierung der post-sowjetischen Staatengemeinschaft stark bei. Diese Prozesse haben erneut die Bedeutung der Zivilgesellschaft vor Augen geführt, warfen aber neue Fragen im Kontext der Demokratisierung des gesamten post-sowjetischen Raumes auf. Ist es möglich, die Entwicklung einer reifen Zivilgesellschaft in einem postsowjetischen Staat zu beschleunigen und auf diese Weise dem Land beim Übergang zur Demokratie zu helfen?

Als bedeutend erweist sich zudem die Frage, ob der ‚Demokratietransfer‘ von außen nicht nur durch die geographische Nähe zu den westlichen Demokratien, aber auch durch das Wirken der Diaspora und verschiedener Bildungsprogramme möglich ist. Dabei stößt man auf die Kulturkomponenten, die sich als omnipräsent im ganzen post-sowjetischen Raum erweisen. Alle Republiken befinden sich samt ihrer Bevölkerung seit der Unabhängigkeit auf einer permanenten Suche nach einer neuen Identität. Der Kollaps des sozialistischen Systems löste die Staatsbildungsprozesse und eine andauernde Nationenbildung aus, die teils zur Ursache für Spannungen zwischen diesen Staaten wurde.

Bei der Transformation des post-sowjetischen Raums sollte die Tatsache berücksichtigt werden, dass Russland immer noch eine wichtige Rolle in den Ländern des ‚nahen Auslandes‘²² spielt und auf das westliche Engagement in der Region mit Misstrauen reagiert. Eine verfestigte russische Demokratie könnte dagegen entscheidend zur Demokratisierung der Regime in der ehemaligen Sowjetunion beitragen. Jedoch stellen die Zentralisierung der Macht und die Beschränkung der freien Medien unter Putin in Russland die ehemaligen Sowjetrepubliken vor neue Herausforderungen. „Die Alternative „entweder Russland oder Europa“ spielt eine äußerst negative Rolle für die postsowjetischen Staaten, weil sie sich so gezwungen fühlen, auf die Zusammenarbeit mit beiden Seiten zu verzichten“²³, so der russische Politologe Konstantin Kossatschew. Die Demokratisierung Russlands bietet die Chance einen Domino-Effekt in vielen Ländern der ehemaligen Sowjetunion auszulösen, die kulturell immer noch mit Moskau verbunden sind. Mit einer Demokratisierung Russlands würde auch die russisch-westliche Konfrontation aufgelöst, so dass auch die autoritären zentralasiatischen Regime einen geringeren Spielraum im Menschenrechtsdialog mit dem Westen haben würden.

Ein intensiverer Dialog mit der russischen Staatsführung und eine entschlossene Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Initiativen in Russland seitens des Westens sind von großer Bedeutung. Eine intensivere Einbindung Russlands in die westlichen Programme wäre ausschlaggebend für die weitere Öffnung des Landes und würde den Wind aus den Segeln der russischen ‚Nationalbolschewisten‘ nehmen. Die Isolierung Russlands dagegen wird den dortigen autoritären Staat nur verfestigen und die zivilgesellschaftlichen Strukturen aushöhlen.

²² Der russische Begriff „blisnee sarubeshje“ wird auf die Ex-Sowjetrepubliken um Russland angewandt.

²³ Kossatschew, Konstantin: Demokratija kak vneschnepolititscheskij faktor. Suschestwujet li cennostnyj konflikt meshdu Rossiej i Sapadom? (Demokratie als außenpolitischer Faktor. Besteht ein Wertekonflikt zwischen Russland und dem Westen?), in: <http://www.ng.ru/printed/ideas/2004-12-03/9democracy.html>. (09.09.2006).